

Busse und Bahnen fahren nicht - Schulen werden bestreikt

ver.di ruft am Donnerstag, 8. Oktober, zu Warnstreik auf

Wieder Streiks in NRW: Am Donnerstag, 8. Oktober, werden viele Busse und Bahnen wieder still stehen. Für Essen hat die Gewerkschaft die Streiks auch auf die Schulen ausgeweitet

Die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di ruft alle Beschäftigten des Nahverkehrs zu flächendeckenden Streiks von Schichtbeginn bis Schichtende auf. Das bedeutet für die Nutzer des ÖPNV: Bahn- und Busausfälle und für Pendler mehr Autos auf den Straßen und damit mehr Stau.

Laut ver.di seien die Arbeitgeber weiterhin nicht zu Verhandlungen über einen bundesweiten Tarifvertrag bereit. „Für bundesweit einheitliche Arbeitsbedingungen in elementaren Fragen kommt nur die Vereinigung der Kommunalen Arbeitgeberverbände (VKA) als Spitzenverband in Betracht. Die anhaltende Verweigerung, in Verhandlungen einzutreten, zwingt uns zu weiteren Warnstreiks. Wir werden diese weiterhin frühzeitig ankündigen, damit Fahrgäste Alternativen finden können“, so Peter Büddeckert, bei der Gewerkschaft ver.di Fachbereichsleiter Verkehr in NRW. Die Beschäftigten hätten in der vergangenen Woche gezeigt, dass sie bereit seien, in großer Zahl in den Warnstreik zu treten. Sofern Teile des ÖPNV zur Verfügung



Am kommenden Donnerstag bleiben viele Bahnen und Busse in den Depots. PR-Foto: Köhring

stehen, werden die Kapazitäten deutlich eingeschränkt sein, kündigt ver.di an.

Zudem ruft die Gewerkschaft auch die Tarifbeschäftigten der Stadtverwaltung Essen an den Schulen, unter anderem Erzieher im OGS-Betrieb an Grundschulen, Schulhausmeister, Schulsekretärinnen sowie Schulsozialarbeiterinnen. Es muss damit gerechnet werden, dass es zu Schulschließungen in diesem Bereich kommt.

Ebenfalls zum Streik aufgerufen sind die Erzieherinnen der Jugendhilfe Essen GmbH, die ebenfalls im OGS-Bereich tätig sind. Dazu Henrike Eichholt: „Die Empörung und Verärgerung der Beschäftigten ist auch in diesen Bereichen über den aktuellen Stand in

der Tarifverhandlung sehr groß. Es muss damit zu rechnen sein, dass es eine sehr hohe Streikbeteiligung der Beschäftigten gibt.“

ver.di fordert für die 2,3 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst von Bund und Kommunen unter anderem eine Anhebung der Einkommen um 4,8 Prozent oder einen Mindestbetrag von 150 Euro monatlich bei einer Laufzeit von zwölf Monaten. Die Ausbildungsvergütungen und Praktikantentgelte sollen um 100 Euro monatlich angehoben werden.

Die Streikenden treffen sich ab 9 Uhr im DGB-Haus Essen, Teichstraße 4a in Essen. Gegen 10 Uhr findet auf dem Hof des Gewerkschaftshauses eine kleine Kundgebung statt.